

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/04/2013

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 22.04.2013,

Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 23:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Thomas Bellizzi

Frau Doris Brandt

Herr Christian Conring

Herr Uwe Graßau

Herr Rolf Griesenberg

Herr Rafael Haase

- ab TOP 2

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Nina Holers

Herr Tobias Koch

Herr Wolfgang König

- ab TOP 2

Herr Dirk Langbehn

Herr Detlef Levenhagen

Frau Monja Löwer

Herr Horst Marzi

Herr Hartmut Möller

Frau Marleen Möller

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Bela Randschau

Herr Steffen Rotermundt

Herr Hinrich Schmick

Frau Karen Schmick

Herr Walter Schneider

Herr Christian Schubbert-von Hobe

Herr Matthias Stern

Frau Martina Strunk

Herr Michael Stukenberg

Frau Doris Unger

Frau Petra Wilmer

Herr Heino Wriggers

- außer TOP 12

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke

Herr Christof Schneider

Herr Claus Steinkamp

Kinder- u. Jugendbeirat bis TOP
16

- Vorsitzender des Seniorenbeira-
tes, bis TOP 16

- Vorsitzender des Behinderten-
beirates, bis TOP 16

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Thomas Reich

Frau Meike Niemann

Herr Horst Kienel

Frau Angelika Andres

Frau Birgit Reuter

Protokollführung

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Dieter Heidenreich

Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Ehrung von Stadtverordneten
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.03/2013 vom 18.3.2013
7. Bericht des Bürgermeisters
 - 7.1. Finanzbericht Nr. 03/2013
 - 7.2. Jugend im Rathaus
 - 7.3. Parken in der Rathausstraße
 - 7.4. Plakatwerbung
8. Gewährung einer Zuwendung zum Bau einer Hockeyhalle an den THC Ahrensburg **2013/037/1**
9. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013
- Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen **2013/051**
10. Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang **2013/041/1**
11. Städtebaulicher Vertrag über die Erschließungsanlagen im Gebiet "Erlenhof-Süd" **2013/035/1**
12. Antrag der WAB-Fraktion - Aktualisierter Antrag zu TOP 16 der STV am 22.04.2013 - Machbarkeitsstudie für die Süd-Umgehung **AN/020/2013**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 13. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 96 für den Bereich des Rohrbogenwerks - Flur 17, Flurstücke 26, 27, 28
- Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse für die Bebauungspläne Nr. 63, Nr. 79 und Nr. 79 a
- Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 96 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB
- Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen
- Beschluss zur Umweltprüfung und den frühzeitigen Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB | 2013/025 |
| 14. | Betrieb einer Krippe im Niebüllweg | 2013/016/1 |
| 15. | 4. Änderungssatzung der Satzung der Stadt Ahrensburg über die Benutzung ihrer Kindertageseinrichtungen und die Erhebung von Elternbeiträgen | 2013/039 |
| 16. | Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - STADTRADELN 2013 | AN/012/2013 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18.03.2013 wurden folgende Beschlüsse in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

1. Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen im Bereich Beimoorweg/An der Strusbek für Beimoor Süd II, Bebauungsplan Nr. 88 A + B

Die Stadt erwirbt die erforderlichen Flächen für eine Straßenanbindung über einen Kreislauf am Beimoorweg und eine Anbindung an die Straße An der Strusbek. Die vom Verkäufer zu zahlenden Erschließungsbeiträge werden gestundet.

2. Ankauf einer 600 m² großen Fläche zur Verbreiterung des Geh- und Radweges auf der Nordseite des Beimoorweges

Die Stadt erwirbt eine Teilfläche von ca. 600 m² aus dem Grundstück Beimoorweg/Alter Postweg zur Verbreiterung des Geh- und Radweges auf der Nordseite des Beimoorweges.

3. Verkauf einer städtischen Wegeparzelle

a) Eine 570 m² große städtische Wegeparzelle der Gemarkung Ahrensfelde wird veräußert (Flurstück 77/2 der Gemarkung Ahrensfelde).

b) Dem Landwirt der angrenzenden Ackerflächen wird ein Geh- und Fahrrecht durch Eintragung in das Baulastenverzeichnis der Stadt Ahrensburg zu Lasten der Eigentümer eingeräumt. Zusätzlich werden diese Rechte durch Grundbucheintragung gesichert.

c) Der Stadt Ahrensburg wird ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht durch Eintragung der Stadt Ahrensburg in das Baulastenverzeichnis der Eigentümer eingeräumt. Zusätzlich werden diese Rechte durch Grundbucheintragung gesichert.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Alessandra Wolf, Vorsitzende des Schulelternbeirates der Grundschule Am Aalfang, bittet, zu dem TOP „Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang“ von den Umbauten in der Grundschule Am Aalfang abzusehen und stattdessen einen „Mensa-Container“ zu favorisieren (**siehe anliegendes Schreiben**, ausgenommen die die im FD IV.4.1 einzusehenden umfangreichen Anlagen). Sie habe verschiedene günstigere Angebote für die Anmietung eines Containers eingeholt und wüsste gern, warum die Anlage zur Beschlussvorlage keine detaillierten Angaben zu den Kosten eines Containers über Angebotsname und Art der Container beinhalte. **Bürgermeister Wilde** verweist auf die heutige Beratung im Rahmen des Tagesordnungspunktes 10 „Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang“.

Herr Andreas Lang erkundigt sich, ob die Verwaltung mit dem Finanzierungsvorschlag des Stadtverordneten, Herrn Wolfgang König, im Markt zur Südumgehung einverstanden sei. **Bürgermeister Sarach** begrüßt grundsätzlich jede Initiative von Bürgerinnen und Bürgern, die den Haushalt entlasten.

Frau Marien Dahm, Elternvertreterin im Hort der Grundschule Am Reesenbüttel, erklärt, dass viele Eltern der Grundschule Am Reesenbüttel dringend auf den Hortplatz angewiesen seien. Sie verweist auf die beengten Verhältnisse in der Cafeteria.

Herr Krüger bittet um Auskunft zum Sachstand „Waldverkauf zur Rettung des Ahrensburger Schlosses.“

Bürgermeister Sarach erklärt, dass es ein Angebot von der Sparkassenkulturstiftung gebe, den Forst Hagen käuflich zu erwerben und den Erlös in die Schlossstiftung einfließen zu lassen. Aufgrund rechtlicher Änderungen ist jedoch für derartige Vorhaben die Genehmigung an einen ausgeglichenen Haushalt u. a. für drei Jahre in der Vergangenheit zu knüpfen, sodass die Verhandlungen bis zur Klärung der Finanzsituation ruhen.

Herr Andreas Hausmann, Elternvertreter und Vorsitzender des Kitabeirates, ist der Auffassung, dass Kosten für die Umgehungsstraßen, wie Südumgehung und Nordumgehung im Hinblick auf die derzeitige Haushaltslage nicht zu Disposition stehen dürften, an erster Stelle stehe die Realisierung der Betreuung der Kinder bzw. Kindertagesstätten.

Frau Lang fragt: „Hält man es für haushaltsrechtlich opportun, die Vorentwurfsplanung der Südumfahrung zu finanzieren und in Angriff zu nehmen, wenn das dahinterliegende Projekt, was vorgeplant werden soll, nicht finanzierbar sei.“

Bürgermeister Sarach verweist auf den aktuellen Sachstand.

Bianca Mohn-Schüttmann, Elternvertreterin im Hort und Kindergarten Reesenbüttel erklärt, dass die Eltern auf die Hortplätze angewiesen seien, um auch nur Teilzeit berufstätig zu sein.

Herr Eckehard Knoll erklärt, dass er sich seit ca. drei Jahren mit Umgehungsstraßen in Ahrensburg sowohl im Norden als auch im Süden beschäftige. Zur Finanzierung der Südumgehung gehe er von der Einstufung als Kreis-, Landes- oder Bundesstraße aus mit der Folge, dass die Kosten nicht aus dem Ahrensburger Stadthaushalt gezahlt werden würden. **Bürgermeister Sarach** beantwortet anschließend seine Anfrage zur Realisierung der Südtangente.

Frau Sigrid Steinweg bittet alle Anwesenden, sich für den Erhalt von Sankt Johannes einzusetzen.

Auf Anfrage von **Frau Petra Kibellus** erklärt Bürgermeister Sarach, dass bei Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zum Erwerb eines Containers eine beschränkte Ausschreibung erfolgt.

Frau Ulrike Funke bittet um Auskunft, wie die Verwaltung die Bedarfe Am Aalfang in den Jahren 2014 und 2015 decken will. **Bürgermeister Wilde** verweist auf die heutige Beratung im Rahmen des Tagesordnungspunktes 10 „Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang“.

Eine **weitere Einwohnerin** bittet um Auskunft, wie die Sicherheit der Kinder Am Aalfang bei dem in der Vorlage vorgeschlagenen Konzept der Verwaltung gewährleistet sein soll. **Bürgermeister Wilde** verweist auf die anschließende Debatte.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Zum Antrag der FDP-Fraktion „Neue zentrale Strategie bei Wirtschaftsförderung, Flächenmanagement und Stadtmarketing“ AN/019/2013 (s. Anlage) erklärt Stadtverordneter Bellizzi, dass in der Wirtschaftsförderung andere Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Da jedoch die Fraktionen, außer der SPD-Fraktion, dem Antrag auf Dringlichkeit nicht zustimmen werden und somit die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird, zieht Stadtverordneter Bellizzi seinen Antrag zurück.

Stadtverordnete Löwer regt an, den Tagesordnungspunkt „Gewährung einer Zuwendung zum Bau einer Hockeyhalle an den THC Ahrensburg“ vor dem Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013“ zu behandeln.

Stadtverordneter Schmick zieht die Anträge der WAB-Fraktion „Beauftragung einer erneuten Verkehrsmessung Brauner Hirsch und Kreisel Vogelsang“, AN/015/2013, und „Beauftragung zu Verhandlungen mit der Gemeinde Siek über einen Gebietstausch“, AN/016/2013, aufgrund der Beratungen im Bau- und Planungsausschuss zurück.

Der Antrag AN/014/2013 „Beauftragung der Vorplanung für die Südumfahrung“ wird von der WAB-Fraktion zurückgezogen und stattdessen durch den Antrag AN/020/2013 „Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Südumfahrung“ ersetzt.

Bürgervorsteher Wilde schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013/Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung“ vor dem Tagesordnungspunkt „Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang“ zu behandeln.

Der Antrag der WAB-Fraktion „Beauftragung einer Machbarkeitsstudie für die Südumfahrung“, AN/020/2013, sollte aufgrund der zahlreichen Besucher vor dem Tagesordnungspunkt „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 96 für den Bereich des Rohrbogenwerks“ (Vorlagen-Nr. 2013/025) beraten werden.

Die Stadtverordneten stimmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Eilentscheidung des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO“ Vorlagen-Nr. 2013/050 in nicht öffentlicher Sitzung mit der 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die Stadtverordneten stimmen der Tagesordnung mit den oben genannten Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis: **31 dafür**
1 Enthaltung

5. Ehrung von Stadtverordneten

Bürgermeister Wilde ehrt die Stadtverordneten Herrn Möller und Frau Philipp-Richter für ihre 15-jährige Tätigkeit und die Stadtverordneten Frau Behr, Herrn Haase, Frau Unger, Frau Löwer und Herrn Rotermundt für deren 10-jährige Tätigkeit in der Selbstverwaltung der Stadt Ahrensburg.

Frau Behr ist seit 2003 Stadtverordnete und Stellvertretende Bürgermeisterin seit 2012. Sie ist bzw. war in zahlreichen Ausschüssen tätig, u. a. Mitglied im Bau- und Planungsausschuss seit 2008, im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss seit 2003, im Schulleiterwahlausschuss, stellvertretendes Mitglied im Hauptausschuss, im Sozial- und Umweltausschuss, Mitglied im Wahlprüfungsausschuss und im Kuratorium VHS, stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses.

Herr Haase ist seit 2003 Stadtverordneter. Er ist seit 2003 Mitglied im Bau- und Planungsausschuss und seit 2006 stellvertretender Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses. Er war bzw. ist stellvertretendes Mitglied im Haupt-, Sozial-, Finanz- und Werkausschuss.

Frau Löwer ist seit 2003 Stadtverordnete. Sie ist bzw. war in zahlreichen Ausschüssen tätig, u. a. Mitglied im Ältestenrat, im Haupt-, Bau- und Planungs- sowie Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, Wahlprüfungsausschuss, Auswahlgremium für Kunstwerke, stellvertretendes Mitglied im Schulleiterwahlausschuss, im Umwelt-, Finanz- und Sozialausschuss.

Herr Möller ist seit 1998 Stadtverordneter. Er war von 1998 bis 2003 stellvertretender Bürgermeister. Er ist Vorsitzender des Hauptausschusses, Mitglied im Ältestenrat, im Aufsichtsrat badlantic, im Finanzausschuss und Mitglied im Wahlprüfungsausschuss. Er war u. a. Mitglied im Bau- und Planungsausschuss, stellvertretendes Mitglied im Umweltausschuss, Werkausschuss, im Energiebeirat, im Bildungs-Kultur- und Sportausschuss und Sozialausschuss.

Frau Philipp-Richter ist seit 1998 Stadtverordnete. Sie ist seit 2003 1. Stellvertretende Bürgermeisterin. Sie ist Mitglied im Hauptausschuss, im Bau- und Planungsausschuss bzw. stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat und im Finanzausschuss. Sie war Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss, Kuratorium VHS, Sozialausschuss, Verein Kunstwerke, Verein Theater und Musik.

Herr Rotermundt ist seit 2003 Stadtverordneter. Er war u. a. Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke, im Bau- und Planungsausschuss, im Energiebeirat, im Umweltausschuss und auch im Werkausschuss. Von 2006 bis 2009 hatte er den Vorsitz im Werkausschuss.

Frau Unger ist seit 2003 Stadtverordnete. Sie ist bzw. war in zahlreichen Ausschüssen tätig, u. a. Stellvertretende Vorsitzende des Bildungs-Kultur- und Sportausschusses, Mitglied im Marktbeirat, Mitglied des Schulleiterwahlausschusses, Vertreter der Selbstverwaltung im Stormarner Speeldeel, stellvertretend im Ältestenrat, im Finanzausschuss, im Hauptausschuss, im Sozialausschuss, im Umweltausschuss, im Werkausschuss.

Bürgervorsteher Wilde dankt ihnen im Namen Aller für ihre jahrelange Arbeit und ihr Engagement und überreicht jedem eine Urkunde mit einem Präsent.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.03/2013 vom 18.3.2013

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

7. Bericht des Bürgermeisters

7.1. Finanzbericht Nr. 03/2013

Bürgermeister Sarach stellt den als **Anlage** beigefügten Finanzbericht Nr. 03/2013 vor.

7.2. Jugend im Rathaus

Bürgermeister Sarach bedankt sich für die Mitwirkung der Selbstverwaltung bei dem Projekt „Jugend im Rathaus“. Eine Zusammenfassung der Beschlussvorlagen zur Einsichtnahme beim FD II.7.1 – Herr Ropers – liegt vor.

7.3. Parken in der Rathausstraße

Bürgermeister Sarach berichtet über die Ergebnisse des Prüfauftrages zur Rathausstraße.

Die Rathausstraße, die sich innerhalb des angeordneten verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs befindet, besteht aus Fahrbahn und Gehweg, jedoch ohne Abtrennung durch Bordsteine. Der Wasserlauf ist, auch wenn dieser nicht durch Bordstein vom Fußweg getrennt ist, Bestandteil der Fahrbahn. Dies hat dazu geführt, dass bestimmte Verhaltensweisen dahingehend zu beobachten sind, dass der Wasserstreifen zunehmend als Fußweg genutzt wird.

Zwischenzeitlich wurden verschiedene Lösungsansätze geprüft:

- Veränderung Park- und Haltere Regelungen

Ein Parkverbot hätte zur Folge, dass die Belieferung von ansässigen Geschäften nicht möglich ist und Kunden rechtlich nicht die Möglichkeit haben, Ladevorgänge zu tätigen. Inhaber von Sonderparkausweisen für Schwerbehinderte könnten dann Geschäfte, Arztpraxen usw. im Bereich der Rathausstraße nicht mehr ohne Zurücklegen eines weiteren Fußweges erreichen. Ein Tauschen der unterschiedlichen Halteverbote auf den Fahrbahnseiten ist wegen der dann betroffenen Ausfahrten bzw. Bäume nicht möglich.

- Erweiterung des Fußweges durch Einbeziehung des Wasserlaufes

Den Wasserlauf durch Verkehrszeichen als Sonderweg Gehweg auszuweisen, ist rechtlich nicht möglich. Diese Beschilderung verpflichtet den Fußgänger, diesen zu nutzen. Der Gehweg ist durch eine Bordsteinkante von der Fahrbahn zu trennen und muss sich durch die bauliche Beschaffenheit von der Fahrbahn deutlich abheben. Durch diese notwendigen baulichen Veränderungen würde die Fahrbahnbreite so eingeengt werden, dass die verbleibende Nutzung u. a. durch große Lkw nicht ausreicht.

- Einrichtung Fußgängerzone

Die Einrichtung einer Fußgängerzone schließt die Bedeutung und Funktion der Straße aus, unabhängig hiervon bedarf diese der Zustimmung der Anlieger.

Als mögliche Lösung kommt eine bauliche Veränderung des Fußweges in Betracht, die nach der Sommerpause in den Gremien beraten werden soll.

7.4. Plakatwerbung

Bürgermeister Sarach erklärt, dass Ende letzter Woche eine Bitte verknüpft mit drei Fragen an ihn herangetragen worden ist, diese im Bericht des Bürgermeisters aufzunehmen.

Es handelt sich um Anfragen an die Verwaltung, die jedoch nach einem festgeschriebenen Verfahren ablaufen. Bedenklich war die Tatsache, dass die Mail an bestimmte Absender gerichtet war, jedoch nicht an die anderen Fraktionen, sondern u. a. an einem Blogbetreiber und die Presse. Bürgermeister Sarach ist gern bereit die Fragen in einem geordneten Verfahren zu beantworten.

2013/037/1

8. Gewährung einer Zuwendung zum Bau einer Hockeyhalle an den THC Ahrensburg

Stadtverordneter Conring, Vorsitzender des Finanzausschusses, berichtet, dass der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 22.04.2013 einstimmig der Stadtverordnetenversammlung empfohlen hat, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**9. Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2013
- Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen**

Stadtverordneter Conring berichtet über die Empfehlung des Finanzausschusses.

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion (AN/017/2013) mit nachfolgender Modifizierung zuzustimmen:

„Bei der Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen (VE) auf 10 Mio. € wird sowohl auf die Streichung der VE für die Cafeteria der Grundschule Am Reesenbüttel als auch auf die Streichung der VE für die Erneuerung des Sporthallenbodens im Schulzentrum Am Heimgarten verzichtet. Stattdessen werden die VE für die Brandschutzsanierung Rathaus und die VE für die Erschließung B-Plangebiet 88 b in der als Anlage 1 dargestellten Form anteilig reduziert, jedoch mit folgender Änderung:

Produktnummer 11155	ZGW/Brandschutzsanierung des Rathauses neu 2013 1.230.000 €, 2014: 1.000.000 €, 2015: 230.000 €
---------------------	---

Produktnummer 54110	Beimoor Süd/Erschließung B-Plangebiet 88b, neu 2013 1.120.000 €, 2014 120.000“
---------------------	---

Stadtverordneter Koch erklärt, dass die SPD-Fraktion, die WAB-Fraktion, die CDU-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einvernehmlich den Bau der Cafeteria Grundschule Am Reesenbüttel und die Erneuerung des Sporthallenbodens der Sporthalle im Schulzentrum Am Heimgarten wie geplant umsetzen wollen. Planungsmittel bleiben wie geplant im Haushalt. Er bemängelt, dass die Jahresabschlüsse seit 2009 noch nicht vorliegen. Der B-Plan „Beimoor-Süd“ wird nicht den Planungsstand erreicht haben, um im Jahr 2013 bereits Aufträge zu erteilen, sodass die Verpflichtungsermächtigungen gekürzt werden können, ohne dass die Erschließung des Gewerbegebietes in Frage gestellt werde. Den gleichen Sachverhalt sieht er auch beim Brandschutz im Rathaus. Trotz Kürzungsvorschläge steht der Verwaltung für den Brandschutz ein Betrag in Höhe von 1.230.000 € zur Verfügung, mit dem die Verwaltung den Brandschutz in Angriff nehmen kann. Der Antrag der SPD-Fraktion „Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen „Sanierungsarbeiten Alter Lokschuppen“ würde zu einem modifizierten Antrag der Förderfähigkeit führen mit der Folge, dass voraussichtlich keine Fördermittel mehr gewährt werden und fast für das gleiche Geld eine wesentliche schlechtere Sanierung gegeben wäre.

Stadtverordneter Möller erklärt, dass die SPD-Fraktion den Bau der Cafeteria Grundschule Am Reesenbüttel und die Erneuerung des Sporthallenbodens der Sporthalle im Schulzentrum Am Heimgarten wie geplant umsetzen will.

Der Antrag Nr. AN/018/2013 der SPD-Fraktion sieht vor, dass die VE für die Sanierung des Alten Lokschuppens gekürzt wird. Statt der vorgesehenen Sanierungsvariante 1 würde es ausreichen, die Variante 5 umzusetzen. Hierdurch könnten Haushaltsmittel von rd. 855.000 € eingespart werden. Auch diese Maßnahme reiche aus, um den Lokschuppen in Betrieb halten zu können. Die vom Innenministerium im Zuge der Haushaltsgenehmigung genannten Einwände bedeuten, dass Maßnahmen zu streichen oder, wie im Fall der P + R-Anlage, in einer abgespeckten Variante umzusetzen seien. Sollte es lediglich zu einer Verschiebung von Maßnahmen kommen, werden hierdurch Kreditaufnahmen ausgelöst. Dies würde eine Genehmigung in Folgejahren gefährden.

Er stellt im Namen der SPD-Fraktion deshalb folgenden Antrag (AN/018/2013): „In der Anlage 1 werden die Verpflichtungsermächtigungen zu Produktnummer 21105. (Cafeteria Grundschule Am Reesenbüttel) und zu Produktnummer 21700./21820. (Sporthallenboden Schulzentrum Am Heimgarten) nicht gestrichen. Stattdessen wird die VE zu Produktnummer 54600. (Sanierung Alter Lokschuppen) von 1.500.000 € auf 645.000 € gekürzt. Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, den Beschluss vom 10.12.2012 zu Vorlagen Nr. 2012/159 dahingehend zu ändern, dass von den in der Anlage 1 dargestellten Sanierungsvarianten statt der Variante 1 nunmehr die Variante 5 ausgeführt werden soll.“

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass die FDP-Fraktion den Ausbau der Cafeteria Grundschule Am Reesenbüttel und die Erneuerung des Sporthallenbodens im Schulzentrum Am Heimgarten unterstützt. Grundsätzlich waren bei den Haushalten in den vergangenen Jahren die Ausgaben höher als die Einnahmen mit einem angehäuften Defizit von 41 Mio. €. Er ist der Auffassung, dass die freiwilligen Leistungen und die Aufgabeneffizienz in der Verwaltung kritisch überprüft werden müssen. Durch die Zuwendungen zur Sanierung Alter Lokschuppen erhalte man mit weniger Mittel eine wesentlich bessere langfristige Variante des Lokschuppens.

Stadtverordneter Schmick stimmt im Namen der WAB-Fraktion vorbehaltlos den Investitionen in den Schulen zu. Die Einnahmen sollte durch die neue Ansiedlung von Gewerbe erhöht werden.

Er folgen weitere Wortbeiträge durch Bürgermeister Sarach, Stadtverordnete Langbehn, Haase, Koch, Bellizzi und Graßau.

Stadtverordnete Wilmer erklärt, dass die Sicherheit im Rahmen des Brandschutzes für Mitarbeiter und Besucher des Rathauses wichtiger sei als das Parken im Lokschuppen. Wäre dem Antrag auf Grundsteuerhöhung in der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich gefolgt worden, wären ausreichend Mittel vorhanden gewesen.

Stadtverordneter Graßau erklärt, dass erst, wenn sämtliche Unterlagen wie ein Ablaufplan über das Bauvorhaben, ein Bauantrag, eine Baugenehmigung etc. zur Brandschutzsanierung vorliegen würde, mit dem Bau begonnen werden könne. Das diese noch in diesem Jahr vorliegen, sei nicht zu erwarten.

Zunächst wird über den Antrag der SPD-Fraktion AN/018/2013, der wie folgt lautet, abgestimmt:

„In der Anlage 1 werden die Verpflichtungsermächtigungen zu Produktnummer 21105. (Cafeteria GS Am Reesenbüttel) und zu Produktnummer 21700./21820. (Sporthallenboden SZ Heimgarten) nicht gestrichen. Stattdessen wird die VE zu Produktnummer 54600. (Sanierung Alter Lokschuppen) von 1.500.000 € auf 645.000 € gekürzt. Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, den Beschluss vom 10.12.2012 zu Vorlagen Nr. 2012/159 dahingehend zu ändern, dass von den in der Anlage 1 dargestellten Sanierungsvarianten statt der Variante 1 nunmehr die Variante 5 ausgeführt werden soll.“

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
24 dagegen

Der Antrag ist abgelehnt.

Anschließend wird über die Empfehlung des Finanzausschusses, die wie folgt lautet abgestimmt:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion (AN/017/2013) wie folgt zuzustimmen:

„Bei der Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen (VE) auf 10 Mio. € wird sowohl auf die Streichung der VE für die Cafeteria der Grundschule Am Reesenbüttel als auch auf die Streichung der VE für die Erneuerung des Sporthallenbodens im Schulzentrum Am Heimgarten verzichtet. Stattdessen werden die VE für die Brandschutzsanierung Rathaus und die VE für die Erschließung B-Plangebiet 88 b in der als Anlage 1 dargestellten Form anteilig reduziert , jedoch mit folgender Änderung:

Produktnummer 11155	ZGW/Brandschutzsanierung des Rathauses neu 2013 1.230.000 €, 2014: 1.000.000 €, 2015: 230.000 €
---------------------	---

Produktnummer 54110	Beimoor Süd/Erschließung B-Plangebiet 88b, neu 2013 1.120.000 €, 2014 120.000“
---------------------	--

Abstimmungsergebnis: **26 dafür**
2 dagegen
4 Enthaltungen

Der Empfehlung des Finanzausschusses ist zugestimmt.

10. Horte an den Standorten Reesenbüttel und Aalfang

Stadtverordnete Brandt erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass in den Hortbereichen die gute Abdeckung von Hortplätzen in Ahrensburg von 30 % nicht mehr ausreichend sei. Sowohl der Hort Am Reesenbüttel als auch der Hort Am Aalfang haben ihre Kapazitätsgrenzen erreicht, weil nicht ausreichend Platz sei, die Kinder mittags mit Mittagessen zu versorgen. In der Grundschule Am Aalfang sollte entsprechend den Rückmeldungen der Schulleitung, der Elternvertreter etc. keine Verlegung der Schülerbibliothek vom Erdgeschoss in den 1. Stock. erfolgen, da die Nutzungsmöglichkeiten für die pädagogische Arbeit im Rahmen der Migration entfallen würden. Bei weiteren Gruppen in den kommenden Jahren reiche darüber hinaus die 41 m² große Schülerbibliothek für einen Essenraum nicht aus. Sie stellt nachfolgenden gemeinsamen Änderungsantrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN, der WAB-Fraktion, FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion, der wie folgt lautet (siehe auch Anlage) :

1. Eine Horterweiterung am Standort Reesenbüttel findet zum Schuljahr 2013/2014 nicht statt. Die Betreuungszeit einer Hortgruppe wird von 14:00 Uhr auf 15:00 Uhr zum Sommer 2013 verlängert.
2. Die Mehraufwendungen werden im Budget durch Mehrerträge im PSK 36515.4488000 gedeckt.
3. Die Leitungen von Grundschule und Hort Am Aalfang sowie die jeweiligen Elternvertretungen von Schule und Hort und die Verwaltung im Rathaus werden aufgefordert, unverzüglich bis zur ersten Sitzung des Sozialausschusses in der neuen Wahlperiode ein bedarfsgerechtes Konzept, das die Ausweitung der Hortbetreuung vorsieht, vorzulegen. Die Umsetzung dieses Konzeptes hat zwingend während des ersten Schulhalbjahres 2013/2014 zu erfolgen.
4. Dieses bedarfsgerechte und zukunftsweisende Konzept muss zwingend folgende vergleichbare Varianten sowie Alternativangebote und die damit verbundenen Kosten berücksichtigen:
 - Anmietung von einem neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainer“ als Essraum mit Küchenzeile,
 - Kauf eines neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainers“ als Essraum mit Küchenzeile,
 - Mietkauf eines neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainers“ als Essraum mit Küchenzeile,

- Umwidmung der Hausmeisterwohnung nach möglich begleitetem Auszug des ortansässigen Hausmeisters im gegenseitigen Einvernehmen.
5. Sobald das Konzept vorliegt, wird die Verwaltung aufgefordert, dem Sozialausschuss dieses in Form einer neuen Beschlussvorlage zum bereits genannten Zeitpunkt zu präsentieren.
 6. Es ist zu prüfen, inwieweit zumindest in Härtefällen, Kinder im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten des Hortes (ohne Neu- bzw. Umbauten und unter Ausnutzung vorhandener Schulräume und Organisationsanpassungen) eventuell zusätzlich zum Schuljahreswechsel 2013/2014 noch aufgenommen werden können. Gegebenenfalls anfallende Personalkosten können aus dem PSK 36515.488000 gedeckt werden.

Stadtverordnete Wilmer erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass in der Grundschule Am Reesenbüttel mit Änderung der Betreuungszeiten zunächst die Notfälle untergebracht werden können. Im Hort Am Aalfang wäre mit dem Wechsel der Räumlichkeiten bereits zum Sommer 2013 kurzfristig eine Erweiterung des Angebots von Hortplätzen möglich.

Stadtverordnete Schmick erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass weiterhin Am Aalfang laut Schulentwicklungsplanung Hortplätze benötigt werden, daher sei eine kurzfristige Lösung für zwei Jahre nicht ausreichend. Schulleitung und Elternvertreter befürworten nicht die Lösung mit dem Tausch der Räumlichkeiten. Bis Ende des Jahres wird eine gute Lösung entsprechend dem gemeinsamen Antrag gefunden sein.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass gerade für Härtefälle entsprechend Ziff. 6 des gemeinsamen Änderungsantrages die Verwaltung aufgefordert wird, eine Lösung zu finden. Hierfür werden auch die Mittel im Antrag bereitgestellt. Er hätte sich gewünscht, dass die Schulleitung bzw. Elternvertretung bei der Planung des Wechsels der Räumlichkeiten beteiligt worden wären.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass der Auftrag an die Verwaltung war, eine Lösung zu finden, die sofort realisiert werden könne. Diese Lösung werde in der Debatte nicht akzeptiert, da die Auffassung bestehe, dass es günstigere Lösungen gebe.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Haase, Koch, Unger und Brandt.

Damit bereits in diesem Jahr eine Hortunterbringung gewährleistet sei, beantragt Stadtverordnete Wilmer im Namen der SPD-Fraktion noch zum Schuljahr 2013/2014 eine Containerlösung für den Hortbe-

reich Am Aalfang zu finden.

Stadtverordnete Holers spricht sich im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den gemeinsamen Änderungsantrag aus. Die jetzige Lösung der Verwaltung werde von der Schulleitung und den Elternvertretern abgelehnt. Deshalb sollte eine ordentliche Containerlösung kurzfristig von der Verwaltung geprüft und mitten im kommenden Schuljahr realisiert werden.

Anschließend wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt:

„Noch zum Schuljahr 2013/2014 ist eine Containerlösung für den Hortbereich Am Aalfang zu finden.“

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	19 dagegen
	5 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend wird über den gemeinsamen Antrag der WAB-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der wie folgt lautet, abgestimmt:

- „1. Eine Horterweiterung am Standort Reesenbüttel findet zum Schuljahr 2013/2014 nicht statt. Die Betreuungszeit einer Hortgruppe wird von 14:00 Uhr auf 15:00 Uhr zum Sommer 2013 verlängert.
2. Die Mehraufwendungen werden im Budget durch Mehrerträge im PSK 36515.4488000 gedeckt.
3. Die Leitungen von Grundschule und Hort am Aalfang sowie die jeweiligen Elternvertretungen von Schule und Hort und die Verwaltung im Rathaus werden aufgefordert, unverzüglich bis zur ersten Sitzung des Sozialausschusses in der neuen Wahlperiode ein bedarfsgerechtes Konzept, das die Ausweitung der Hortbetreuung vorsieht, vorzulegen. Die Umsetzung dieses Konzeptes hat zwingend während des ersten Schulhalbjahres 2013/2014 zu erfolgen.
4. Dieses bedarfsgerechte und zukunftsweisende Konzept muss zwingend folgende vergleichbare Varianten sowie Alternativangebote und die damit verbundenen Kosten berücksichtigen:
 - Anmietung von einem neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainer“ als Essraum mit Küchenzeile,
 - Kauf eines neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainers“ als Essraum mit Küchenzeile,

- Mietkauf eines neuen und/oder gebrauchten „Kantinencontainers“ als Essraum mit Küchenzeile,
 - Umwidmung der Hausmeisterwohnung nach möglich begleitetem Auszug des ortansässigen Hausmeisters im gegenseitigen Einvernehmen.
5. Sobald das Konzept vorliegt, wird die Verwaltung aufgefordert, dem Sozialausschuss dieses in Form einer neuen Beschlussvorlage zum bereits genannten Zeitpunkt zu präsentieren.
6. Es ist zu prüfen, inwieweit zumindest in Härtefällen, Kinder im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten des Hortes (ohne Neu- bzw. Umbauten und unter Ausnutzung vorhandener Schulräume und Organisationsanpassungen) eventuell zusätzlich zum Schuljahreswechsel 2013/2014 noch aufgenommen werden können. Gegebenenfalls anfallende Personalkosten können aus dem PSK 36515.488000 gedeckt werden.“

Abstimmungsergebnis:

24 dafür

8 Enthaltungen

11. Städtebaulicher Vertrag über die Erschließungsanlagen im Gebiet "Erlenhof-Süd"

Im Rahmen der anschließenden Diskussion erfolgen Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Koch, Hansen und Bellizzi.

Stadtverordnete Hengstler beantragt das Ende der Debatte.

Der Antrag auf Ende der Debatte wird mit

16 dagegen
12 dafür
4 Enthaltungen

abgelehnt.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch die Stadtverordneten Hansen, Haase und Schmick wird über dem Beschlussvorschlag der Vorlagen Nr. 2013/35/1 wie folgt zugestimmt:

Abstimmungsergebnis: **26 dafür**
6 dagegen

12 Antrag der WAB-Fraktion - Aktualisierter Antrag zu TOP 16 AN/020/2013 der STV am 22.04.2013 - Machbarkeitsstudie für die Süd-Umgehung

Stadtverordneter Wriggers erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Stadtverordneter Graßau erklärt, dass die WAB-Fraktion den Antrag/014/2013 in den Antrag AN/020/2013 hinsichtlich der „Vorplanung“ in eine „Machbarkeitsstudie“ und eine Reduzierung der Kosten von 300.000 auf 70.000 € abgeändert habe. Er beantragt im Namen der WAB-Fraktion, dass von der Verwaltung für die Südumfahrung noch vor der Sommerpause mit höchster Priorität eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wird. Im Zuge der Planung und des Ausbaues der S4 sei der Bau einer Brücke über die DB und das Tunneltal zwingend erforderlich. Die Südumfahrung ist in den Maßnahmenkatalog des Masterplans Verkehr aufgenommen worden. Bislang seien die Beschlüsse nicht für einen Planungsanstoß umgesetzt worden. Der Ausbau der Südumfahrung sei erforderlich, um den Verkehr und den Lärm aus den südlichen Wohngebieten zu nehmen. Auch eine Entlastung der Innenstadt sei zu erwarten. Die DB benötige für die Ausbauplanung der S4 das Ergebnis der Vorplanung der Stadt.

Stadtverordneter Hansen führt aus, dass im Rahmen des Masterplans Verkehr die Südumgehung bereits mit einer minimalen Realisierungsmöglichkeit in Bezug auf die Kosten von ca. 30 Mio. € und geringste Chancen auf Fördermöglichkeiten durch Bund und Land bewertet worden sei. Bei einer geplanten Südumgehung würde es sich um eine Verlagerung des Lärms um 50 m handeln.

Stadtverordnete Unger erklärt, dass es ein Masterplan Verkehr gebe, in dem nachrangig auch erwähnt werde, es könnte irgendwann eine Südumgehung gebaut werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch alles offen. Das weitere Verfahren sollte in den kommenden Stadtverordnetenversammlungen diskutiert werden.

Stadtverordneter Bellizzi erläutert, dass die FDP-Fraktion aus finanzpolitischen Gründen dem Antrag der WAB-Fraktion nicht zustimmen werde. Er verweist auf die Kosten für eine Südumgehung von ca. 30 Mio. € im Vergleich zum derzeitigen Schuldenstand der Stadt von 41 Mio. €.

Stadtverordneter Haase erklärt, dass der Trassenkorridor für eine Südumgehung im Masterplan Verkehr vorsorglich aufgenommen worden sei, um sich in Zukunft eine mögliche Südumgehung nicht zu verbauen.

Stadtverordneter Koch führt aus, dass parallel zur Vorplanung zum 3. und 4. S-Bahngleis die Diskussion im Zusammenhang mit dem Wegfall des beschränkten Bahnübergangs und Notwendigkeit des Baus einer neuen Brücke auf der Höhe der Eulenkrugchaussee geführt werden sollte. Zu klären

seien Fragen wie: Ist die Brücke an der Eulenkrugchaussee mit Anbindung an den Braunen Hirschen machbar? Gibt es einen anderen Brückenstandort, der zukünftig gleichwohl alle Optionen offen lässt? Gibt es überhaupt eine Machbarkeit der Realisierung einer Südumfahrung auf Ahrensburger Stadtgebiet? Im Rahmen des Masterplans Verkehr sei die Südumfahrung ohne Priorität aufgenommen worden. Im F-Plan wird gemäß Masterplan Verkehr die Südumfahrung aufgegriffen werden, fraglich sei, wo diese zu übernehmen ist. Planungsmittel für den F-Plan seien vorhanden. Diese sollten dafür eingesetzt werden, die Fragen zu klären.

Stadtverordneter Schmick verlangt namentliche Abstimmung.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Graßau und Haase sowie Bürgermeister Sarach.

Anschließend wird über den Antrag der WAB-Fraktion (AN/020/2013), der wie folgt lautet,

„Die Stadtverordneten mögen beschließen, dass von der Verwaltung eine Machbarkeitsstudie für die Südumfahrung noch vor der Sommerpause mit höchster Priorität in Auftrag gegeben wird.“

abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	6 dafür
	16 dagegen
	9 Enthaltungen

Die namentliche Abstimmung ist als **Anlage** beigefügt.

13. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 96 für den Bereich des Rohrbo-
genwerks - Flur 17, Flurstücke 26, 27, 28**
- **Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse für die Bebauungspläne Nr. 63,
Nr. 79 und Nr. 79 a**
- **Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 96 als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB**
- **Beschluss zu den wesentlichen städtebaulichen Zielen**
- **Beschluss zur Umweltprüfung und den frühzeitigen Beteiligungen
gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB**

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine
Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesord-
nungspunktes ausgeschlossen.*

2013/016/1

14. Betrieb einer Krippe im Niebüllweg

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

16 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - STADTRADELN 2013 AN/012/2013

Stadtverordnete Löwer beantragt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (AN/012/2013), dass die Stadt Ahrensburg an der vom Klima-Bündnis ausgelobten Aktion „Stadtradeln 2013“ teilnimmt. Die Teilnahmegebühr in Höhe von 900 € wird aus der Haushaltsstelle 54100.0900031 „Umsetzung Radverkehrskonzept“ finanziert. Zum 6. Mal findet 2013 die Kampagne STADTRADELN des Klima-Bündnisses statt, das größte Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen zum Schutz des Weltklimas mit rund 1.700 Mitgliedern in 20 Ländern Europas. Kommunalpolitiker/innen und Bürger/innen radeln vom 1. Mai bis 30. September 3 Wochen am Stück um die Wette und sammeln Radkilometer für den Klimaschutz sowie für eine vermehrte Radverkehrsförderung ihrer Heimatkommune. Gesucht werden Deutschlands fahrradaktivstes Kommunalparlament und Kommunen sowie die fleißigsten Teams und Radler/innen in den Kommunen selbst.

Stadtverordneter Möller befürwortet den Antrag und wird im Namen der SPD-Fraktion zustimmen. Es folgt ein weiterer Wortbeitrag durch Stadtverordneten Stern.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Die Stadt Ahrensburg nimmt an der vom Klima-Bündnis ausgelobten Aktion „Stadtradeln 2013“ teil. Die Teilnahmegebühr in Höhe von 900 € wird aus der Haushaltsstelle 54100.0900031 „Umsetzung Radverkehrskonzept“ finanziert.“

abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	16 dafür
	2 dagegen
	14 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin